

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 11. Dezember 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

alle 3 Minuten stirbt eine Person in Deutschland an oder mit der COVID-19-Erkrankung. Immer mehr ältere Menschen erkranken mit einem hohen Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf. Die Krankenhäuser, die Ärztinnen und Ärzte, die Pflege- und Betreuungskräfte und die Gesundheitsämter arbeiten längst an ihrem Limit. Die Akademie der Wissenschaft Leopoldina fordert deshalb völlig zu Recht einen harten Lockdown. Als Medizinerin, als Politikerin und als Bürgerin sage ich: Das ist richtig! Wir müssen jetzt entschlossen handeln und das Ruder herumreißen.

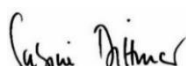
Lesen Sie [hier](#) ein Interview, welches ich diese Woche mit Ferdinand Otto von der ZEIT über die Pandemiebekämpfung im Bundestag und meinen Erfahrungen im Testzentrum führte.

Von dieser Haushaltswoche geht ein Signal aus. Wir nehmen Geld in die Hand, um Deutschland durch die Pandemie zu führen – gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial. Zugleich stellen wir, z.B. durch die Förderung des Aufbaus einer Wasserstoffökonomie, wichtige Weichen für die Zukunft. Dazu nehmen wir weitere Schulden auf, denn für uns steht fest: Wer in einer solchen Ausnahmesituation zögert und zaudert, spart sich kaputt. Das ginge auf Kosten heutiger wie künftiger Generationen. Jene Mehrausgaben müssen jedoch solidarisch getragen werden. Für uns Sozialdemokraten steht fest: Starke Schultern werden dabei mehr tragen müssen, als schwache.

Der Haushalt des Gesundheitsministeriums wird im Jahr 2021 ebenfalls voll im Zeichen der Pandemiebewältigung stehen. In diesem Bereich nehmen wir viel Geld in Hand. Drei Ziele stehen im Vordergrund: Wir tun alles Erforderliche, um die COVID-19-Pandemie zu besiegen, unser Gesundheitssystem zu stärken und Beitragssteigerungen der gesetzlichen Krankenkassen zu begrenzen. Mit dem Geld kaufen wir u.a. die notwendigen Impfstoffdosen, finanzieren die Freihaltepauschalen in Krankenhäusern und sorgen für eine den Aufbau der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz. Auch die Vergabe von FFP2-Masken an Risikogruppen stellen wir sicher. Meine Rede hierzu finden Sie [hier](#).

In dieser Woche beginnt das jüdische Chanukka. Mögen alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine besinnliche Zeit haben.

Ich wünsche Ihnen allen eine spannende Lektüre, Ihren Familien ein schönes Adventswochenende und bleiben Sie bitte gesund!

Ihre 

In dieser Ausgabe:

HAUSHALT.....	3
SPD-KONZEPT GESUNDHEIT.....	5



Foto der Woche

2



Vor 50 Jahren: Willy Brandts Kniefall in Warschau ist auch nach einem halben Jahrhundert noch immer die unmissverständliche Aufforderung an uns alle, niemals zu vergessen. Dankbar zu sein, heute wieder in einem Europa voller Freunde leben zu dürfen. Und mit aller Kraft gemeinsam für eines zu kämpfen: dass sich Geschichte nicht wiederholt. Bild: picture-alliance/dpa.

Statement der Woche

„Der Emigrant und Widerstandskämpfer, der selbst ohne Schuld war, bekannte mit seinem Kniefall deutsche Schuld und bat um Vergebung.“

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident, anlässlich des 50. Jahrestages von Willy Brandts Kniefall in Warschau.

Highlights der nächsten Wochen

Wann	Wo	Was
16.12. 15:00 Uhr- 16:30 Uhr	Online	Öffentliche Anhörung zum MTA-Reform-Gesetz
18.12. 09:00 Uhr- 10:00 Uhr	Deutscher Bundestag	Sonderveranstaltung anlässlich des 75. Gründungstages der Vereinten Nationen mit UN-Generalsekretär António Guterres



HAUSHALT

Dieser Haushalt bringt uns gut durch die Krise

Das Budget 2021 sieht Rekordausgaben vor, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzumildern und die Gesundheit zu schützen. Zukunftsinvestitionen sollen für neues Wachstum sorgen.

Um gut durch die Krise zu kommen, hat der Bundestag am Freitag einen Rekordhaushalt beschlossen: Er sieht für 2021 Ausgaben in Höhe von 498,6 Milliarden Euro vor. „Dieser Haushalt zeigt die Stärke und die Verantwortung des Deutschen Bundestages. Er steht einerseits im Zeichen der existenziellen Herausforderung durch die Pandemie, andererseits für den Beginn eines Jahrzehnts, in dem wir die Weichen für eine sich wandelnde Arbeitswelt und klimaschonendes Wirtschaften stellen müssen“, sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, bei der Haushaltsdebatte im Bundestag.

„Auf der einen Seite investieren wir in die Gesundheitsversorgung, die wir weiterhin stärken müssen. Wir kämpfen aber auch dafür, dass Menschen in Beschäftigung gehalten werden und sich gleichzeitig qualifizieren können. Wir wollen auch wirtschaftliche Substanz sichern, weil wir, wenn die Krise beendet ist, auch wieder schnell hochfahren wollen“, sagte Mützenich. Um das Land zukunftssicher zu machen, werde in Mobilität, klimaschonendes Wirtschaften, neue Arbeitsplätze und in eine Digitalisierung investiert, die Voraussetzung für neue Arbeit in Deutschland sei.

Auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz verteidigte das Budget. „Wir setzen sehr viel Geld ein - aber wohlüberlegt“, sagte der Minister zu Beginn der Haushaltswoche. Er werde „nicht alles finanzieren, was irgendjemand sich ausgedacht hat“. Es gehe nun vielmehr darum, Investitionen in Zukunftsprojekte zu tätigen. „Wir werden aus dieser Krise herauswachsen“, sagte

Scholz. Das Land müsse über Wirtschaftswachstum aus der Krise kommen und nicht etwa durch Steuersenkungen.

Scholz sieht Grund für Optimismus: Die wirtschaftliche Entwicklung sei derzeit besser als befürchtet, in manchen Branchen werde das Vorkrisenniveau wieder erreicht, und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei weniger schwierig als befürchtet. Deutschland bekomme international viel Lob für seine Krisenbewältigung: „Das ist der Goldstandard, so muss man das machen.“

Um den Haushalt zu finanzieren, nimmt die Bundesregierung hohe Schulden auf. Die Neuverschuldung steigt auf 180 Milliarden Euro. Dazu muss zum zweiten Mal die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden. Die enorme Neuverschuldung sei „zu keiner Minute etwas, das einem leicht fallen kann“, sagte Scholz. Es gehe nun aber darum, die „Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu beschützen“ und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzumildern.

Es wird auch massiv in die Zukunft investiert, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Das Land hat die finanzielle Kraft dafür, Schulden in Krisenzeiten aufzunehmen, weil in den vergangenen Haushaltsjahren verantwortungsvoll gehandelt wurde.

Die wichtigsten Ausgaben im Detail:

Verlängerung der Corona-Hilfsmaßnahmen:

Die Überbrückungshilfen für Unternehmen werden bis Juni 2021 verlängert. Hierfür werden die Hilfen auf 39,5 Milliarden Euro aufgestockt. Mit den Überbrückungshilfen III werden auch die Voraussetzungen noch einmal nachjustiert. So wird beispielsweise die maximale Fördersumme von 50.000 Euro auf 200.000 Euro erhöht sowie der Kreis der Antragsberechtigten erweitert.



Darüber hinaus wird nunmehr die Situation von Soloselbständigen besonders berücksichtigt.

Aber auch jenseits der Überbrückungshilfen III werden notleidende Branchen unterstützt. Für semiprofessionelle Sportvereine enthält der Haushalt ein weiteres Hilfspaket in Höhe von rund 200 Millionen Euro. Für Einrichtungen der Behindertenhilfen sowie für die gemeinnützige Trägerschaft der Kinder- und Jugendhilfe und für Jugendherbergsstätten werden 200 Millionen Euro für Zuschüsse bereitgestellt, um die Pandemie zu bewältigen. Rund 72 Millionen Euro sind zur Absicherung der KfW-Soforthilfen für Studierende und rund 147 Millionen Euro für finanzielle Hilfen an studentische Verbände eingeplant. Diese werden mit der Verlängerung des Rettungsschirms für Ausbildungsplätze in Höhe von 500 Millionen Euro flankiert. Schließlich enthält auch der Etat des Auswärtigen Amtes eine Vorsorge in Höhe von rund 2,1 Milliarden Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie sowie deren Sekundärfolgen.

Stärkung des Gesundheitssektors

Der Gesundheitsfonds für pandemiebedingt verursachte Belastungen wird um rund 2,7 Milliarden Euro auf insgesamt 7,65 Milliarden Euro aufgestockt. Mit der Erhöhung werden beispielsweise die vergünstigte Abgabe von FFP2-Schutzmasken sowie die Ausgleichszahlungen an Rehabilitationseinrichtungen finanziert. Zusätzlich werden 2,9 Milliarden Euro für Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus eingestellt. Für eine „Nationale Reserve Gesundheitsschutz“ werden 750 Millionen Euro neu im Etat ausgebracht. Erstmals wurde auch eine Vorsorge für Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 in Höhe von 2,67 Milliarden Euro sowie für Investitionen zur Förderung der inländischen Entwicklung und Produktion von Impfstoffen in Höhe von 90 Millionen Euro eingestellt.

Zur Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst enthält der Etat insgesamt rund 123,5 Millionen Euro.

Sicherung von Arbeit und Rente

Der Bundeshaushalt 2021 steht wie kein anderer für sozialen Zusammenhalt. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales umfasst mit rund 165 Milliarden Euro rund 33 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und setzt mit der weiteren Umsetzung des Sozialen Arbeitsmarktes als Regelinstrument, der finanziellen Stabilisierung der Bundesagentur für Arbeit, der Sicherung der Arbeit von morgen und der Einführung der Grundrente für über 1,3 Millionen Menschen im Land starke sozialpolitische Impulse.

Die Bundesagentur für Arbeit hat in dieser Corona-Pandemie einen beispiellosen Beitrag zur Sicherung von Arbeit und zum Schutz vor Arbeitslosigkeit geleistet. Die Bearbeitung und Auszahlung von Kurzarbeitergeld waren europaweit einzigartig. Dafür musste die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Rücklagen aufbrauchen. Damit die Verlängerung der Kurzarbeiterregelungen während der Corona-Pandemie finanziert werden können und die BA auch in den Folgejahren handlungsfähig bleibt und sich vor allem auf die Integration in Arbeit und die Durchführung von Weiterbildung konzentrieren kann, wird sie mit einem Zuschuss in Höhe von 3,35 Milliarden Euro im nächsten Jahr unterstützt.

Zudem wird die Rente von heute und morgen stabilisiert und gestärkt. 2021 steigen die fünf großen Bundeszuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung zusammen auf rund 101,1 Milliarden Euro. Bis 2023 erhöhen sich die Zuschüsse an die Rentenversicherung auf über 116 Milliarden Euro.

Damit setzt die SPD-Fraktion das klare Signal, dass die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule der Alterssicherung ist. Gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU wurde die Grundrente durchgesetzt. Im Haushalt 2021 sind 1,4 Milliarden Euro für die Einführung der



Grundrente ab dem 1. Januar 2021 vorgesehen. Damit wird sichergestellt, dass 1,3 Millionen Menschen eine höhere Rente erhalten werden.

Investitionen in die Zukunft

Die Investitionsausgaben sind im Bundeshaushalt 2021 auf einem Rekordniveau. In den Jahren 2021 bis 2024 werden Investitionen von über 200 Milliarden Euro getätigt. Allein im Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 61,9 Milliarden Euro veranschlagt, das liegt deutlich über dem Vorkrisen-Niveau.

Neben den klassischen Investitionen in Infrastruktur wird auch die digitale Infrastruktur ausgebaut. Hierzu gehört beispielsweise der Digitalpakt Schule, der gerade in Pandemiezeiten ein wichtiger Pfeiler bei der Betreuung und Beschulung von Schülerinnen und Schülern ist. Im kommunalen Bereich gibt es ein neues Sanierungsprogramm für kommunale Einrichtungen, durch welches Sportstätten, Jugendeinrichtungen und andere gesellschaftliche Treffpunkte wieder auf Vordermann gebracht werden. Im Forschungsbereich wird beispielsweise in die Gründung neuer Institute investiert – insbesondere im Bereich der Immunforschung und Pandemiebekämpfung.

SPD-KONZEPT GESUNDHEIT

Ein neues Bundesgesundheitsamt

Die SPD-Fraktion hat ein Konzept beschlossen, das die Gesundheitsämter langfristig stärken soll und auch ein neues Bundesgesundheitsamt vorsieht.

Die SPD-Fraktion hat in der vergangenen Woche ein umfassendes Konzept für die Neuausrichtung und Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes beschlossen. Damit sollen über die Corona-Pandemie hinaus die Gesundheitsämter nachhaltig gestärkt werden.

Damit setzt die SPD-Fraktion ein deutliches Zeichen: Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) soll neben ambulanter und stationärer Versorgung die dritte Säule im Gesundheitssystem werden, die eine umfassende Versorgung für alle Menschen bereitstellt. Die Gesundheitsämter sollen dem Papier zufolge nicht nur kurzfristig in der Pandemie, sondern langfristig gestärkt werden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst sei Teil der Daseinsvorsorge und gehöre grundgesetzlich geschützt.

In dem Papier werden die derzeitigen Zustände in vielen Gesundheitsämtern analysiert, zudem wird der Frage nachgegangen, welche Herausforderungen für eine bessere Arbeit bestehen. Dem vorausgegangen sind zahlreiche Gespräche mit Betroffenen in den Kommunen und Landkreisen. Daraus leitet die Fraktion zentrale Forderungen ab.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern arbeiteten am Limit und darüber hinaus und verdienten dafür größte Unterstützung, schlussfolgern die Abgeordneten. Der Bund habe aber bisher kaum Möglichkeiten, den ÖGD zu fördern. Das solle nun geändert werden. Es könne



eine Rahmenkompetenz geschaffen werden, um dem Flickenteppich an Regelungen entgegenzuwirken und auch finanzielle Unterstützung für den ÖGD zu ermöglichen.

Von den Gesundheitsämtern selbst seien klarere Ansprechpartner gefordert, daher könne sich die Fraktion auch die Neueinrichtung eines Bundesgesundheitsamtes vorstellen. Wie genau dieses aussehen soll, wollen die Abgeordneten durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung des Gesundheitswesens prüfen lassen. Schließlich solle die Daseinsvorsorge im Grundgesetz geschützt werden. Auch wenn die öffentlichen Haushalte sparen müssten, gelte es, einen Ausverkauf des ÖGD zu verhindern, denn dieser sei unabdingbar für die öffentliche Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.